

Verschon mein Haus

Eine Erhebung über Stadtstreicher in Bayern ergab, daß Penner nun auch in Provinzstädten häufiger anzutreffen sind. Etliche Kommunen empfehlen die Wiedereinführung von Strafandrohung und Zwangsarbeit.

Sie machen „durchweg einen verdrehten Eindruck“, werden „in der Regel als abstoßend empfunden“ und sind „häufig mit einem penetranten Geruch behaftet“. Ärger noch: Sie „lärmern und führen unflätige Redensarten“, „urinieren öffentlich in die schönen Anlagen“, „pöbeln Passanten an“ und „betteln bis an die Grenze der Beleidigung und Nötigung“.

So oder ähnlich, mal milder, mal wilder, beschrieben bayrische Städte die Stadtstreicher in ihren Mauern — jene Nichtseßhaften am Rand der Sozialskala, die größtenteils in Großstädten, neuerdings aber häufiger auch in der Provinz anzutreffen sind.

Das ergibt sich aus einer Erhebung des Bayrischen Städteverbandes, an der sich — überraschend — vornehmlich kleinere Kommunen beteiligten. Ein „rapides Ansteigen“ der Stadt- und Landstreicher in den letzten zwei Jahren registrierte beispielsweise das Schwabenstädtchen Donauwörth mit einer „maximalen Steigerungsrate von knapp unter 30 Prozent“.

Bayerns Städteverband riskiert aber vorerst keine verbindliche Erklärung für das Phänomen. Immerhin: „Der Trend“, so Verbandsvorsitzender Josef Deimer, Oberbürgermeister von Landshut, „läuft verstärkt auf die kleineren und mittleren Städte zu.“

Doch so einheitlich das Auftreten der vagabundierenden Wermutbrüder beschrieben wird, so unterschiedlich reagieren die Kommunen auf die „stellungslosen Durchreisenden“ (Juristenjargon). Während über Stadtstreicher in Nürnberg etwa „nicht eine Beschwerde über Aufdringlichkeit“ amtskundig ist, werden die struppigen Stromer in Mittel- und Kleinstädten „überwiegend als ausgesprochene Belastung angesehen“ (so die Erhebung).

Freilich, auch in Regensburg, wo die „Gammergruppen“ nach behördlicher Erkenntnis vornehmlich im Park am Dachauplatz kastenweise Bier und „andere Alkoholika“ kippen, traten pikierete Passanten „massiert an die Stadt heran mit dem Wunsch, dieses Unwesen ... zu beseitigen“.

Stark verängstigt sind offenbar Bürger in Passau. Denn in der Domstadt erdreisten sich die Streuner laut Polizeibericht unter anderem zum „Anfassen von Passanten an der Kleidung oder an den Armen“, wobei ihre „Klei-

dung, Bart und sonstige Aufmachung einschüchternd wirken“. Und beim „Betteln in Wohnungen“ würden allein-anwesende Frauen von den Pennern eingeschüchtert mit der Behauptung, sie seien „wegen Raubes oder Vergewaltigung vorbestraft“.

Irritiert stellten die Behörden in Bayreuth fest, daß das „Ansprechen der Betroffenen“ nur zu „fruchtlosen, unerfreulichen Auseinandersetzungen“ führte, „zumal der Stadtstreicher sein Fehlverhalten nach außen hin selten zugibt“. Und nicht nur in Würzburg wundern sich viele, daß „gegen die Stadtstreicher seitens der Polizei nur wenig unternommen werden kann“.

Betroffen über die Rechtslage, nach der seit 1974 Betteln, Trunksucht und Landstreicherei keine Straftatbestände mehr sind, reagieren etliche Provinzge-

in der Regel mittellos sind und ihre Haftverbüßung für die öffentliche Hand kaum billiger wäre als Asylgewährung), sehen kleinere Kommunen in einer erneuten Strafandrohung ein „unentbehrliches Mittel“ — und in der Strafrechtsliberalisierung von 1974 die Ursache ihrer Pennerplage.

Von neuem oder neu mit Strafe bedroht werden sollten, so einige Vorschläge, „Betteln unter Ausnutzung von Mitgefühl“, „Verweigerung von angebotener Arbeit“, „Lärmen in angetrunkenem Zustand“. Nach Würzburger Einschätzung sind die lokalen Wermutbrüder sowieso durchweg „potentielle Straftäter“, die „früher oder später straffällig werden“. In Regensburg wird Strafandrohung als geeignetes Mittel gehalten, „die Mißstände ... sogar zu beseitigen“. Und sollte die ab-



Stadtstreicher in München: „Lärmen, urinieren, pöbeln, betteln“

meinden nach dem altbayrischen Gebetsmotto: „Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd andre an“ — so jedenfalls sieht es Geschäftsführer Alfred Heinle vom Katholischen Männerfürsorgeverein in Bayern.

Verhaftet im traditionellen Zuständigkeitsdenken, fühlen sich die Kommunen nicht verantwortlich für „durchreisende“ Penner; das Problem beschränkt sich für sie meist darauf, die Tippelbrüder mit kurzfristigen Hilfsmaßnahmen abzuspeisen — langfristige Sozialhilfe könnte eine unerwünschte Sogwirkung ausüben.

Kein Wunder, daß der Ruf nach Rekriminalisierung gerade dort wieder erhoben wird, wo die Resozialisierung unpopulär ist. Während Großgemeinden wie München und Nürnberg weder Geldbußen noch Gefängnis für geeignete Abhilfe halten (weil Stadtstreicher

schreckende Wirkung vielleicht doch nicht so effektiv sein, wäre wenigstens, meint man in Passau, „während des Vollzugs die Allgemeinheit vor diesen Tätern geschützt“.

Sicherlich ist der Kleinstadt-Kummer mit Stadtstreichern keine bayrische Spezialität. Wohl aber haben sich Bayern-Kommunen besonders hervorgetan mit weitreichenden Vorschlägen zur Abhilfe — etwa indem sie einer Art Zwangsarbeit für die unbequemen Brüder das Wort reden. An die Verwirklichung glauben sie indes offenbar selbst nicht so recht: „Die Möglichkeit“, heißt es in einem Lösungsvorschlag, „Land- und Stadtstreicher in einem Arbeitshaus zwangsweise unterzubringen, wäre zweifellos erfolgsträchtiger, läßt sich aber vermutlich mit unserem Demokratieverständnis nicht vereinbaren.“